

haben, ganz herzlich dafür bedanken, daß Sie mit uns gemeinsam hier zugehört haben. (Beifall)

Ich übergebe das Wort an Herrn Eppelmann.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Ich möchte, weil ich draußen ein bißchen enttäuscht angesprochen worden bin, noch einmal in eigener Sache etwas sagen. Ich kann mir vorstellen, daß jemand, der nicht genau weiß, womit wir uns in den letzten Monaten beschäftigt haben, sich darüber wundert, daß der 17. Juni 1953 kaum hier vorkommt. Das ist Thema eines ganzen Tages gewesen. Also wundern Sie sich nicht, daß der 17. Juni hier heute keine zentrale Rolle gespielt hat. Dieses Thema haben wir schon vor Monaten bearbeitet.

Den zweiten Vorwurf, daß die Jenaer hier nicht so richtig zur Geltung gekommen sind, habe ich nicht verstanden und muß sagen, eigentlich ist der ganze gestrige Abend nur von Jena geprägt gewesen, von denen, die hier in Jena Widerstand versucht haben. Nehmen Sie bitte zur Kenntnis: Wir haben bisher keine einzige deutsche Stadt so ausgezeichnet, wie wir das mit Jena getan haben. (Beifall)

(Unterbrechung von 12.40 bis 13.30 Uhr)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Wir fahren mit der Sitzung fort.

Wie angezeigt, hören wir jetzt zunächst Martin Gutzeit zum Thema „Widerstand und Opposition in den achtziger Jahren. Von der Formierung der Opposition bis zum Sturz der SED-Diktatur“, und danach gibt es unter Moderation von Professor Wilke ein Gespräch mit Zeitzeugen zu diesem Thema. Zunächst aber hören wir Martin Gutzeit, den Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Berlin.

Martin Gutzeit: Ich möchte meinen Ausführungen einige Vorbemerkungen vorausschicken, die sich auf die Bedeutung der Opposition für diesen ganzen Umbruch beziehen, und zwar zu einer Diskussion, die wir in der Enquete-Kommission geführt haben.

Für den Zusammenbruch des SED-Regimes, wie jenes Ende einer mehr als 40-jährigen Herrschaft auch genannt wird, finden sich heute viele Väter und Mütter. Ich erinnere unter anderem an die Aussagen vieler Zeitzeugen, insbesondere aus der alten Bundesrepublik, die wir vor der Kommission hörten. Dieser Zusammenbruch und die folgende deutsche Einheit erscheinen als das Resultat einer konsequent auf die Wiedervereinigung zustrebenden Politik seit Beginn der Bundesrepublik. Dennoch stellen sich Fragen, deren Beantwortung so leicht nicht fällt:

Weshalb war denn die politische und intellektuelle Elite des Westens so überrascht von dem, was dann im Verlauf des Jahres 1989 in der DDR geschah? Weshalb verlor diese DDR entgegen der Einschätzung der meisten Beobachter im Westen so schnell die Stabilität, die sie so lange vorzugaukeln

vermochte? Woher kam das Potential, das jenen Prozeß der Veränderung trug, der als revolutionäre, die Grundlagen des Systems zerstörende Veränderung so rasant vor den Augen eines staunenden Publikums ablief und in die Einheit Deutschlands mündete? Wie konnte sich im Osten Deutschlands gleichsam auf dem Wege einer „Konterrevolution“ ein marktwirtschaftliches, das heißt in den Begriffen der SED kapitalistisches System mit allen Ingredienzien einer bürgerlichen parlamentarischen Demokratie und eines bürgerlichen Rechtsstaates, verbunden mit dem Aufbau föderaler Strukturen, durchsetzen? – Ich erinnere daran, daß derartige politische Ziele selbst in oppositionellen Kreisen der DDR vor dem Sommer 1989 kaum artikuliert wurden. Wie gesagt, als konkret mögliche und handlungsrelevante Ziele wurden sie auch von der politischen Klasse der alten Bundesrepublik nicht angesehen, selbst wenn der Staatssicherheitsdienst der ehemaligen DDR mit Kategorien wie der „politisch-ideologischen Diversion“ (PID) derartige Handlungsstrategien identifizierte. Insofern fällt es schwer, als Auslöser für jene Vorgänge ein absichtsvoll politisches Handeln seitens der politischen Kräfte der alten Bundesrepublik anzuführen.

Gewiß dürfen keineswegs die sich ändernden äußeren Rahmenbedingungen der DDR außer acht gelassen werden, zu denen auch die Politik der Bundesrepublik Deutschland gehört; die politischen Vorgänge, die den Sturz der SED herbeigeführt haben, sind aber – so möchte ich behaupten – von den politischen Kräften der DDR getragen worden. Dabei spielen die oppositionellen Kräfte der achtziger Jahre sowohl für den Beginn als auch für den Verlauf eine entscheidende Rolle. Ich möchte versuchen herauszuarbeiten, inwiefern und auf welche Weise sie diese Kompetenz erlangen konnten. Dazu wird es noch viele Forschungen geben müssen, denn so einfach ist diese Frage nicht zu beantworten.

Der Denk- und Handlungshorizont widerständigen und oppositionellen Verhaltens für die achtziger Jahre: – Da aus einer zurückblickenden Perspektive, d. h. post festum, vieles in einem anderen Licht erscheint und Kategorien, die ein späteres Selbstverständnis beschreiben, gern auf die Zeit vorher rückwirkend angewandt werden, möchte ich den folgenden Ausführungen noch einige methodische Bemerkungen vorausschicken.

Man sollte genau zwischen deskriptiven Begriffen, die einen Sachverhalt von außen beschreiben, und solchen Begriffen unterscheiden, in denen sich in der jeweiligen Zeit das Selbstverständnis der Handelnden ausdrückt. Dies gilt nicht nur für den Rückblick des Historikers und Soziologen, sondern auch schon für die Zeit der DDR selbst. Die Beschreibung von Handlungen oppositionellen und widerständigen Verhaltens durch die SED und ihren Sicherheitsapparat und auch die Beschreibung durch westliche Medien sind eben nicht unbedingt mit dem Selbstverständnis der Handelnden identisch, die mit dieser Beschreibung gemeint sind.

Im Hinblick auf Begriffe wie „Bürgerbewegung“ und „Opposition“ bedeutet dies, daß man mit ihnen in der Anwendung auf die Zeit vor dem Herbst 1989 äußerst vorsichtig umgehen sollte. Im nachhinein scheint es so zu sein, als ob sich sehr viele bewußt als Opposition in der DDR verstanden hätten, sogar weit in die SED und die Blockparteien hinein. Hätte man jedoch diejenigen danach gefragt, die oppositionellen Kreisen angehörten, wären es meines Erachtens nicht allzu viele gewesen, die sich bewußt dazu bekannt hätten, Opposition zu sein. Dies hat nicht unbedingt in jedem Fall etwas mit mangelnder Zivilcourage zu tun, sondern ist der spezifischen politischen und geistigen Situation zu verdanken, das heißt dem spezifisch begrenzten Denk- und Handlungshorizont für oppositionelles Handeln, wie er nach 40 Jahren SED-Diktatur entstanden war.

Daher möchte ich mit der Spezifik dieses begrenzten Denk- und Handlungshorizonts beginnen. Dazu muß man notwendigerweise auf die Zeit vor den achtziger Jahren zurückgreifen, denn dieses Personal der achtziger Jahre ist auch schon in den Jahren vorher tätig gewesen und hat dabei seine spezifischen Erfahrungen gemacht.

Natürlich ist dies eine Generationsfrage. Bis in die fünfziger Jahre hinein gab es, wie wir hörten, noch eine harte Opposition, die – bewußt anknüpfend an demokratische Vorkriegstraditionen – einerseits mit der Zielstellung von Demokratie und Rechtsstaat initiativ wurde und andererseits, da sie das SED-Regime für ein Übergangsphänomen hielt, das keinen Bestand haben würde, konsequent das Ziel der deutschen Einheit im Blick hatte. Zugleich sahen oder hatten sie in politisch gleichgelagerten Gruppierungen der Bundesrepublik ihre Partner, von denen sie unterstützt oder sogar angeleitet wurden.

Durch die Abwanderung von drei Millionen DDR-Bürgern in die Bundesrepublik dürfte ein Großteil des Potentials, aus dem sich eine Opposition rekrutierte, die DDR verlassen haben. Diese Abwanderungsbewegung von fundamentaloppositionellem Potential hat – häufig im Zusammenhang mit Unterdrückungsmaßnahmen des SED-Regimes – bis zum Ende der DDR nicht aufgehört. Wir hatten hier dafür auch Beispiele. Gerade diejenigen, die sehr konsequent waren, sind sehr schnell aus der DDR hinausgedrängt worden. Übrigens gab es, wie wir hörten, immer ein latent fundamentaloppositionelles Potential, das sich eruptiv in Einzelaktionen Ausdruck verschaffte und dann kriminalisiert wurde; das sind die Unbekannten.

Spätestens mit dem Mauerbau hatte sich die Situation geändert. Der Bestand der DDR und die in ihr herrschende SED-Diktatur schienen auf unabsehbare Zeit nicht mehr in Frage gestellt werden zu können. Die Machtfrage schien geklärt zu sein. – Diese Situation als Denk- und Handlungshorizont möglichen widerständigen und oppositionellen Verhaltens muß unbedingt auch für die Generation der achtziger Jahre im Blick behalten werden.

Die Revolution im Herbst 1989 wurde vor allem durch die Altersgruppe

der 25- bis 40-jährigen getragen. Die älteren aus dieser Gruppe, die dann auch die Parteien und die politischen Vereinigungen der Revolution prägend gestalteten, begannen ihr politisch bewußtes Leben etwa Anfang bis Ende der sechziger Jahre. Sie waren in der DDR aufgewachsen und in ihrem politischen Denken durch dieses totalitäre System tief geprägt, gerade auch dann, wenn sie im Widerspruch zu ihm standen. Jeder war von klein auf jenem ideologisch begründeten Wahrheits- und Machtanspruch der SED ausgesetzt, der alle Sphären von Staat und Gesellschaft durchzog und der dann 1968 auch in der Verfassung verankert wurde. Dieser totale Anspruch muß auch im Zusammenhang mit den 500.000 sowjetischen Soldaten gesehen werden, die für jeden sichtbar präsent waren. In diesen Zusammenhang gehört die mit Bezug auf die mit dem Nationalsozialismus belastete deutsche Geschichte durch einen instrumentalisierten Antifaschismus gestützte moralische Tabuisierung all dessen, was im Zusammenhang mit der deutschen Frage stand.

Eine präzise Ausprägung dieses Machtanspruchs findet sich im „Wörterbuch der politisch-operativen Arbeit“ der Staatssicherheit, und zwar in der Feinddefinition, die aber nicht nur das MfS prägte, sondern auch alle gesellschaftlichen und politischen Sphären bestimmte:

„Feind: Personen, die in Gruppen oder individuell dem Sozialismus wesensfremde politisch-ideologische Haltungen und Anschauungen absichtsvoll entwickeln und in ihrem praktischen Verhalten durch gezieltes Hervorrufen von Ereignissen oder Bedingungen, die die sozialistische Staats- und Gesellschaftsordnung generell oder in einzelnen Seiten gefährden oder schädigen, eine Verwirklichung dieser Haltungen und Anschauungen anstreben.“

Hier werden die Tabuzonen der SED eindeutig benannt. Wer ideologische und politische Auffassungen vertritt, die sich nicht im Rahmen des Sozialismus halten, ist Feind, besonders dann, wenn er das mit anderen gemeinsam tut. Wer dazu öffentlichkeitswirksam wird, ist Feind in einem noch höheren Maße. Feind zu sein war mit solchen Sanktionen versehen, die die Aussichtslosigkeit, als Feind gesellschaftlich überleben zu können, auf das deutlichste vor Augen führte. Was nimmt es wunder, daß oppositionelles oder widerständiges Denken und Verhalten davon nicht unbeeinflußt blieben und Denk- und Handlungsmuster suchten, die nicht unmittelbar den Verlust bürgerlicher Existenz bedeuteten? Direkte politische Forderung nach einem demokratischen Rechtsstaat mit Gewaltenteilung und parlamentarischer Demokratie sowie die Gründung von politischen Vereinigungen, die solche Ziele durchsetzen konnten, erschienen erst einmal jenseits des Denkbaren. Zu fragen ist, wohin potentiell widerständiger Habitus auswich, ein Habitus, der durch kein System gänzlich beseitigt werden kann.

Wo lagen nun die Ansätze und Einfallstore für die Durchbrechung der

gegen abweichendes politisches Denken und Handeln aufgestellten Tabus und Mauern, die dann letztlich zur Ausbildung einer Opposition im Herbst 1989 führten?

Für einen Teil derer, die in oppositionellen Kreisen der achtziger Jahre und dann im Herbst 1989 maßgeblich initiativ wurden, spielten die emanzipatorischen Bestrebungen in der westlichen Welt Mitte/Ende der sechziger Jahre und der „Prager Frühling“ 1968 eine wichtige Rolle. Dieser Einfluß geht über die unmittelbare politische Dimension weit hinaus. Beeinflußt von der Protestkultur, die sich in Kleidung, Musik, Lebensart ausprägte, wollte und konnte man sich in der Gestaltung des eigenen Lebens nicht mehr durch jene ideologische Engstirnigkeit beschränken lassen. Ideologisch motivierte Verbote des Tragens von Jeans und langen Haaren provozierten geradezu jugendlichen Protest. Studentischer Protest auf den Straßen führte vor Augen, daß die vorgegebenen Ordnungen nicht sakrosankt waren und die heranwachsende Generation eigene Ansprüche auf Gestaltung hatte. Damit waren zwar nicht unmittelbar inhaltlich politische Vorgaben gegeben; in der Folge wurde aber auch von bestimmten intellektuellen Kreisen das rezipiert, was an kritischen Entwürfen auf intellektueller Ebene im Westen entstand.

Gerade bei letzterem zeigen sich aber Probleme, deren Auswirkungen bisher nicht ausreichend bedacht wurden und die sich in bezug auf die Rezeption kritischer politischer und geistiger Ansätze des Westens bis in die achtziger Jahre fortsetzen. Diese Ansätze gehörten ursprünglich in den westlichen Kontext, also in ein ausgeformtes westliches demokratisches System, mit dem sie sich auseinandersetzten. Zur konsequenten handlungsorientierten und systemüberwindenden Auseinandersetzung mit den Verhältnissen in der DDR waren sie meines Erachtens nur bedingt geeignet, was nicht ausschließt, daß sie auch den kritischen Blick zu schärfen vermochten. Was half es, die geistigen Auseinandersetzungen der alten Bundesrepublik zu führen, wo doch ganz anderes gefordert war? Die fatale Situation der Ermangelung einer eigenen offenen intellektuellen und politischen Kultur, wie sie z. B. bis zu einem gewissen Grade in Polen bestand, in der sich in der Rezeption und kritischen Auseinandersetzung eigene Ansätze ausbilden konnten, blieb für die DDR weitgehend kennzeichnend.

Nicht minder wichtig war für diese Generation das, was 1968 in Prag geschah. Entgegen dem durch Moskau im Sinne eines Wahrheitsmonopols definierten Sozialismus wurde hier der Versuch unternommen, einen eigenen Weg des Sozialismus zu gestalten. Das Auslegungsmonopol des „wahren“ Marxismus war gebrochen. Die Partei hatte also nicht immer recht. Hier begegnet man dann in der Folge dem Begriff eines „demokratischen Sozialismus“, über dessen theoretische und praktische Konsistenz angesichts der beschriebenen Situation in der DDR keine ausreichende eigene Verständigung stattfinden konnte.

Vorausschicken möchte ich, daß mein persönlicher geistiger Ansatz zur kritischen Würdigung des SED-Regimes nicht von diesen Ansätzen seinen Ausgang nahm. Dennoch meine ich, daß die kritische Bedeutung solcher Begriffe wie „demokratischer Sozialismus“ nicht ignoriert werden darf, insbesondere da diese Begriffe bis in den Herbst 1989 eine wichtige Rolle spielten. In einem System, das abweichende politische Vorstellungen und Begriffe als feindlich tabuisierte und mit entsprechenden Sanktionen bewehrte, schien es vielen allein ratsam, wenn nicht gar einzige Denkmöglichkeit zu sein, sich in den Kategorien auszudrücken, die vielleicht die Tabuisierung zu durchbrechen ermöglichten. Daß damit die Reichweite oppositionellen Denkens begrenzt war und zum Teil die Paradigmen des DDR-Systems nicht zu überwinden vermochte, bestreite ich nicht.

Ich gebe aber zugleich zu bedenken, daß mit solchen Begriffen oft etwas ausgedrückt wurde, was einen anderen Sinn hatte, sei es bewußt oder unbewußt. Ich verweise in diesem Zusammenhang darauf, daß ein Großteil der DDR-Bürger zugleich auch immer, durch die elektronischen Medien vermittelt, in der westlichen Wirklichkeit lebte, das heißt quasi eine politische Doppelexistenz führte. Die aus dem totalitären Selbstverständnis folgende Verweigerung der grundlegenden Bürger- und Menschenrechte trieb geradezu in jene politisch-geistige Doppelexistenz.

So konnte die Aufnahme solcher Kategorien in der Beziehungsebene einfach die Bestreitung des Definitionsmonopols der SED bedeuten. Zugleich ermöglichte die positive Rezeption von Traditionen, auf die sich die SED bezog, jenes Vergleichsspiel von Anspruch und Wirklichkeit. Diese Botschaft hat die SED gegebenenfalls sehr gut verstanden und entsprechend reagiert. Daß dies zum Sturz des SED-Regimes und zum Aufbau eines demokratischen Rechtsstaats kaum ausreichte, ist eine These, auf die ich noch zurückkommen werde. Daß andererseits das Sich-Bewegen auf der Ebene erlaubter Sprachmuster nicht alles über die zugrunde liegenden politischen Auffassungen aussagte, wird offenkundig, als im Herbst 1989 die Enttabuisierung anderer politischer Vorstellungen fortschreitet.

Waren die internationale Anerkennung der DDR und ihre Aufnahme in und Beteiligung an UNO und KSZE einerseits gleichsam die Bestätigung der Situation, die mindestens seit dem Bau der Mauer kaum noch zu verdrängen war und pragmatische Umgangsformen erforderte, so bot sie andererseits Ansatzpunkte für die Anknüpfung an die auch von der DDR anerkannten Bürger- und Menschenrechte und damit für das eigene Selbstbewußtsein die Möglichkeit der Antizipation der in einem Rechtsstaat garantierten Rechte, wiewohl auch hier die DDR immer auf ihrem Auslegungsmonopol beharrte. Mit dem Aufgreifen von Initiativen wie der „Charta 77“ wurde dieser Faden dann durch Gruppierungen der achtziger Jahre aufgenommen und für die Ausformung der politischen Zielstellungen, z. B. die Schaffung eines

Rechtsstaates, von entscheidender Bedeutung. Vergessen sei aber auch nicht die Entstehung der Solidarnosc-Bewegung in Polen, die zeigte, daß die Macht kommunistischer Führungen ihre Grenzen hatte und in Frage gestellt werden konnte. Dies war gewiß eine Aufforderung und Ermunterung zugleich, die in der DDR aber erst einmal unmittelbar nicht die größten Auswirkungen zeigte.

In den siebziger Jahren trat Dissidenz insbesondere in der kulturellen Sphäre in Erscheinung. Schriftsteller erschienen als Symbole der Opposition. Die SED reagierte massiv, und es kam zum Exodus und zum Ausbluten dieser Sphäre, auch wenn hier später etwas nachwuchs. Dennoch möchte ich behaupten, daß die Dissidenz in der Sphäre der Kultur, also auch der Schriftsteller, eine politische Kultur mit entsprechenden Organisationsformen, die andere Erfordernisse hat, nicht ersetzen konnte.

Es nimmt nicht wunder, daß sich in diesem Staat der SED innerhalb des Bereiches, der aufgrund seines eigenen Selbstverständnisses als einziger nie dem Wahrheits- und Machtanspruch der SED völlig gleichgeschaltet werden konnte, ein Großteil der Gruppen der achtziger Jahre entfaltete. Die Kirche war auch der einzige Bereich, in dem es eine systemunabhängige Hochschul- und Fachschulausbildung eigener Mitarbeiter gab, ein unabhängiges intellektuelles Potential, das von Berufs wegen mit den geistig-politischen Auseinandersetzungen des Westens verbunden war.

Gerade in dem Versuch der Bewältigung der eigenen Vergangenheit zur Zeit des Nationalsozialismus, nämlich der der Kirche, und in der Aufnahme von Impulsen aus dem Bereich der Ökumene spielte die Frage der Verantwortung des Christen und der Kirche für die Welt, insbesondere auch in der Friedensfrage, eine entscheidende Rolle. Hier bestand ein im Selbstverständnis von Kirche und SED angelegtes Konfliktfeld, das ohne Selbstaufgabe grundlegender Positionen einer der beiden Seiten nie aus der Welt zu schaffen war. Die Frage lautete: Kann es neben der auf der Linie des Wahrheits- und Machtanspruches der SED liegenden oder von ihr abgeleiteten gesellschaftlichen oder politischen Verantwortung eine eigenständige und unabhängige Wahrnehmung von gesellschaftlicher oder politischer Verantwortung geben oder nicht?

Dieser Konflikt in der Frage der Verantwortung betraf aber nicht nur den Bereich der Kirche, die hier gewisse Privilegien hatte, sondern alle, die jene Entmündigung nicht ertragen konnten und wollten. Hier ergab sich auch zwangsläufig Streit und Konflikt mit Vertretern der Kirche, die nicht begriffen, daß sie die Freiräume, die sie selbst hatten, ohne Verlust eigener Glaubwürdigkeit anderen nicht verweigern konnten. Die Kirche hat es dennoch getan und muß sich damit heute zu Recht auseinandersetzen.

Ich halte das Thema Verantwortung, zumal vor dem Hintergrund der weltweiten Herausforderungen, die wir damals sahen, für den entscheidenden

Ansatz zur Durchbrechung der Grenzen des Denk- und Handlungshorizontes oppositioneller Gruppierungen.

Schon am Ende der siebziger Jahre, zum Teil aber noch viel früher, beginnen Gruppen in der Kirche, sich mit dem Thema Frieden zu beschäftigen. Mit der Zuspitzung des Ost-West-Konfliktes Ende der siebziger, Anfang der achtziger Jahre, der Nachrüstung und der Entstehung der Friedensbewegung im Westen ergab sich aber eine neue Situation. Damals breitete sich das Gefühl aus, die Menschheit, das heißt auch wir selbst, sei in Gefahr, wenn sich die gegenwärtige Entwicklung ungebremst weiter fortsetzt. Die Stationierung von SS-20 in der DDR, das immer bedrohlicher werdende Wettrüsten, die zunehmende Militarisierung der DDR-Gesellschaft, die ökologischen Probleme und auch die Probleme der Dritten Welt traten immer stärker ins Bewußtsein.

Besonders im Raum der evangelischen Kirche, aber nicht nur dort, fanden sich Friedens-, Umwelt- und Dritte-Welt-Gruppen zusammen, um zu überlegen, wie der Erfahrung von Ohnmacht entgegengewirkt werden kann. Die Themen und Zielsetzungen dieser Gruppen waren unterschiedlich. Einte sie der Wille, etwas gegen das System der Abschreckung überhaupt, gegen die Militarisierung der Gesellschaft und gegen das nach innen wie außen funktionierende System der Bedrohung zu tun, so gehörte auch die Forderung nach Bürgerrechten von Anfang an dazu; denn diese Forderung war um der Schaffung eigener Handlungsmöglichkeiten willen unabdingbar.

Die Gruppen wurden durch das repressive Verhalten der SED geradezu gezwungen, sich den Themen von Bürgerrechten zuzuwenden und in diesem Sinne zunehmend oppositionell zu werden, was nicht heißt, daß sie sich unbedingt schon als Opposition verstanden hätten.

Da heute von diesen Gruppen als einer Friedensbewegung, Bürgerrechts- oder Bürgerbewegung oder Ökologiebewegung gesprochen wird, will ich hervorheben: Bei diesen Gruppen handelt es sich eher um eine Randerscheinung sowohl der DDR-Gesellschaft insgesamt als auch der evangelischen Kirche. Diese Gruppen entstanden unabhängig, ohne daß es dafür eine Leitfigur brauchte. Einzelne aus diesen Kreisen durchbrachen das Tabu der Nutzung westlicher Medien und machten die Forderungen der Gruppen bekannt. Erfuhr man anfangs durch Medien voneinander, so war es bald ein wichtiges Ziel, die gegenseitige Information und Vernetzung sicherzustellen. Jede einzelne Gruppe blieb selbstständig, war aber am Informationsaustausch mit anderen Gruppen interessiert. Die Materialien wurden mühsam, meist auf kirchlichen Druckmaschinen, selbst hergestellt und dann auf eigenen Wegen verteilt. So entstanden Gruppen, deren Anbindung an die Kirche eher locker war oder die sich bewußt als unabhängig verstanden wie etwa die „Friedensgemeinschaft Jena“, wie wir hörten, die „Frauen für den Frieden“ und die „Initiative Frieden und Menschenrechte“.

Neben den einzelnen Gruppen gab es Friedensseminare, zu denen Interessierte aus der ganzen DDR, aber auch aus dem Ausland zusammenkamen. Ich selbst habe an solchen Seminaren in Mecklenburg mitgewirkt. In diesen Seminaren und auch bei anderen Treffen, zu denen DDR-weit die Leute zusammenkamen, entstanden Kontakte, die in den darauffolgenden Jahren wichtig wurden.

Die so rasant ablaufenden Ereignisse im Herbst 1989 wären nicht möglich gewesen, wenn es nicht diese DDR-weiten Kontakte, diese Bekanntschaften gegeben hätte, die zum Teil in den achtziger Jahren entstanden, die zum Teil aber auch noch weiter zurückreichten, nämlich in die siebziger Jahre. Die Personen waren auch ein Rest von denen, die dageblieben sind, die sich entwickelt haben und damit ein Potential von politisch Handlungsfähigen bildeten.

Auf Initiative einer Berliner Gruppe gab es dann Anfang 1983 im Raum der Kirche, auch im Konflikt mit ihr, das erste Treffen von Delegierten verschiedener Gruppen. „Konkret für den Frieden“ oder kurz „Frieden konkret“ war das Thema dieses Treffens und wurde dann zum Namen für die jährlich stattfindenden Delegiertenversammlungen. Beim ersten Treffen war es wichtig, daß es überhaupt stattfand und daß man sich kennenlernte, beim zweiten, 1984 in Eisenach, daß es überhaupt weitergeführt wurde. Der „Altendorfer Friedenskreis“ hatte dazu die Initiative ergriffen und das Treffen in hartem Ringen gegen die Thüringische Landeskirche durchgesetzt. Zum dritten Treffen, 1985 in Schwerin, wurden Friedens-, Menschenrechts- und Frauengruppen sowie auch Ökologie- und Dritte-Welt-Gruppen eingeladen. Danach wurde ein Fortsetzungsausschuß eingesetzt. Dieser wurde dann immer mehr zu einer Sprechergruppe. 1987/88 war es dieser Ausschuß, der gemeinsam mit dem Berliner Stadtjugendpfarramt die Koordination der Friedensgebete und Mahnwachen nach den Vorfällen in der Berliner Umweltbibliothek und bei der Luxemburg/Liebknecht-Demonstration übernahm.

Diese locker vernetzte Zusammenarbeit wurde im Laufe der Jahre immer wichtiger. Sie bildete in gewisser Hinsicht die personelle Basis auch für die Formierung der Opposition im Herbst 1989. Gerade die Ereignisse Anfang 1988 hatten gezeigt, daß es möglich war, ein Netz DDR-weiter Solidarisierung zu knüpfen. Aber auch die veränderten äußeren Rahmenbedingungen sind zu beachten. Ich erinnere an die Reformen Gorbatschows und die Aufgabe der Breschnew-Doktrin. Das hatte gewiß Auswirkungen auf die DDR-Gesellschaft bis in die SED hinein. Das Honecker-Regime weigerte sich dennoch beharrlich, die Zeichen der Zeit zu verstehen.

Anfang des Jahres 1989 entwickelte sich in den oppositionellen Kreisen eine neue Diskussionslage, auch wenn zum Teil nur erneut Ansätze artikuliert wurden, die schon in den Jahren vorher präsent waren. Ich nenne als Beispiel das Treffen „Konkret für den Frieden“ in Greifswald im Februar 1989, an dem wieder verschiedene Gruppierungen teilnahmen. In einem MfS-Bericht heißt

es: „Vorstellungen nach einer einheitlichen zentralen Führung aller kirchlichen Basisgruppen trat die Mehrzahl der Teilnehmer entgegen und beharrte auf der Position der Beibehaltung ihrer Eigenständigkeit. So fanden Vorschläge, dem Friedensseminar eine feste Struktur im Sinne einer Vereinheitlichung, die künftig die Gruppen gegenüber Staat und Kirche vertreten solle, zu geben, nicht die Zustimmung. Auch trafen Versuche des hinlänglich wegen seiner feindlich-negativen Haltung bekannten Pfarrers Tschiche, während des Friedensseminars seine Absichten zur Gründung einer 'Vereinigung zur Erneuerung der Gesellschaft' zu erläutern und Interessenten für dieses Vorhaben zu gewinnen, wenig Resonanz.“ – Das war im Februar 1989.

Anfang 1989 findet sich also noch eine gewisse Ambivalenz der Situation. Es gibt schon einige eher spontane Aktionen, eigene politische Ansprüche im öffentlichen Raum der Gesellschaft zu artikulieren. Ich erwähne die Montagsgebete in Leipzig. – Dazu werden wir nachher vielleicht noch etwas hören. Über die Leipziger Taktik wird Christian Dietrich wohl etwas sagen. – Dabei kann man sich aber schon auf die Möglichkeiten DDR-weiter informeller Zusammenarbeit, das heißt auch Solidarität, verlassen. Dies wird auch bei den Kommunalwahlen im Mai 1989 relevant, bei denen Informationen in Teilbereichen, aber auch über die DDR hinaus ausgetauscht werden. Dabei ist für die Organisation auch die „Solidarische Kirche“, ein DDR-weites Kontaktnetz, wichtig. Ein wichtiges Tabu des SED-Regimes ist gebrochen.

Zugleich gibt es aber immer noch Hemmnisse, die meines Erachtens in einem noch nicht überwundenen begrenzten Denk- und Handlungshorizont gründen. Dies zeigt sich im Verhalten zu dem genannten Vorschlag von Tschiche, den dieser auch schon 1988 gemacht hatte. Es betrifft die Entschlossenheit, öffentlich und selbstbewußt die totalitären Ansprüche der SED zu bestreiten, zugleich eigene politische Ansprüche auf Teilhabe an der Macht zu artikulieren und politische Organisationsformen zu installieren, mit denen sich solche Ansprüche auch politisch durchsetzen lassen.

Zugleich sind zu dieser Zeit politische Ordnungsvorstellungen wie „Rechtsstaat“, „Gewaltenteilung“ und parlamentarische Demokratie“ als prioritäre Forderungen noch keineswegs Konsens. Gegenüber dem Modell westlicher Demokratie bestehen bei vielen noch Vorbehalte, und ein schlüssiges Gegenkonzept gibt es nicht. Überhaupt ist das Verhältnis zur Macht sehr gespalten. Auf die Frage, ob sie bereit wären, den Posten eines Innenministers zu übernehmen, hätten die meisten wahrscheinlich gelacht und sehr ablehnend reagiert; ich habe das Experiment damals gemacht.

Ähnlich verhielt es sich mit dem Konzept politischer Parteien. Markus Meckel hat übrigens im Februar 1989 in Greifswald auch den Vorschlag zur Gründung einer sozialdemokratischen Partei ins Spiel gebracht und ist natürlich auf Ablehnung gestoßen.

Im ersten Halbjahr 1989 gab es dann verschiedene Überlegungen und Gespräche über Handlungsformen, in denen sich Opposition in der DDR formieren sollte. Das ging dann auch schon recht zügig, wobei unterschiedliche Konzepte im Blick waren. Die Sozialdemokraten waren nicht die einzigen, die von einer Partei redeten; es gab auch andere. Aber prägend und tragend waren doch jene Konzepte, die eine Entwicklung von unten, eine Bewegung erwarteten, die einen Prozeß der Demokratisierung und Öffnung, des Dialoges voranbringen sollte. Das also war das tragende Konzept; diese anderen Dinge wurden eher stark ablehnend betrachtet.

Ein anderer wichtiger Aspekt für den Handlungshorizont der oppositionellen Gruppen ist die Frage, wie sich die Mehrheit der Bevölkerung gegenüber dem ideologischen Loyalitätsdruck des Systems verhielt. Nicht zuletzt das Anwachsen der Ausreisewelle im Verlauf des Jahres 1989 gab recht eindeutige Zeichen dafür, daß quer durch alle Schichten der Bevölkerung der DDR der Loyalitäts- und Vertrauensverlust gegenüber der SED massiv fortgeschritten war. Als Bedingung für die Ausbildung der Opposition im Herbst 1989 muß dies mit in den Blick genommen werden. Daß die Formierung oppositioneller Parteien und Gruppierungen im Herbst jenen Loyalitätsverlust wesentlich beschleunigt und überhaupt dieser Bewegung von unten auch inhaltliche, politische Ziele gegeben hat, ist die andere Seite. Beides gehört zusammen, die Formierung der Opposition und der Aufstand des Volkes gegen die totalitären Anmaßungen der SED. Die Frage, wer denn die Revolution gemacht habe, die Opposition oder das Volk auf der Straße, das mehr und nachher sogar die deutsche Einheit wollte, wird zum Teil ja alternativ behandelt. Ich denke aber, daß sich beide Seiten nicht voneinander trennen lassen. (Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Manfred Wilke: Vielen Dank, Martin Gutzeit. – Der letzte Satz hat darauf hingewiesen, daß wir uns bei dem Unternehmen, daß wir jetzt vor uns haben, auf diese Zusammenhänge beziehen sollten.

Dieses Podium steht unter der Überschrift: „Von der Formierung der Opposition bis zum Sturz der SED-Diktatur.“ Was das Vorgehen betrifft, so ist der erste Ansatz, dieses Thema chronologisch zu gliedern, einhellig verworfen worden. Wir verstehen die beiden Podien, die wir jetzt noch vor uns haben, als technisch bedingten Ablauf.

Wir werden bei diesem ersten Podium die Abgeordneten und die Sachverständigen der Kommission noch nicht in die Diskussion einbeziehen. Dann wird das zweite Podium stattfinden, und in der sich daran anschließenden Diskussion werden alle Teilnehmer zu Wort kommen können.

Zu Beginn bitte ich diejenigen, die hier vorn auf dem Podium sitzen, uns kurz biographisch zu berichten, wie denn sie den Weg von der Resistenz zur Opposition oder zur Verantwortung gefunden haben. – Katrin Eigenfeld, würden Sie bitte beginnen!